

Regierungsratsbeschluss

vom 5. Mai 2003

Nr. 2003/805

Schreiben an das Bundesamt für Polizei betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda

1. Erwägungen

Das Departement des Innern (Amt für öffentliche Sicherheit) unterbreitet das Schreiben an das Bundesamt für Polizei betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Die Vernehmlassung an das Bundesamt für Polizei betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilagen

Schreiben an das Bundesamt für Polizei

Verteiler (mit Beilagen)

Amt für öffentliche Sicherheit – Reg. KK0302

Abt. Ausländerfragen

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit

Polizei Kanton Solothurn

Amt für Justiz

Büro Kantonsrat

Medien